

**Bericht zur aktuellen Situation der ambulanten medizinischen Versorgung;  
 Berichts Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen: Frau Stadträtin Regine Keyßner,  
 Frau Stadträtin Iris Haas, Herr Stadtrat Tobias Weger-Behl, Herr Stadtrat Stefan  
 Gruber, vom 24.11.2023, Nr. 549  
 Antrag des Integrationsbeirates vom 01.02.2024**

Gremium:	<b>Sozialausschuss</b>	Öffentlichkeitsstatus:	öffentlich
Tagesordnungspunkt:	<b>1</b>	Zuständigkeit:	Referat 4
Sitzungsdatum:	<b>10.07.2024</b>	Stadt Landshut, den	21.06.2024
Sitzungsnummer:	17	Ersteller:	Dr. Kurbel, Matthias, Referatsleiter

**Vormerkung:**

**1. Kurzübersicht**

Sachverhalt (kurz):	Die eine ortsnahe medizinische Versorgung hat einen essenziellen Stellenwert für die Bevölkerung. Sowohl
Beteiligung der Gremien	<input type="checkbox"/> Behindertenbeirat: <input checked="" type="checkbox"/> Integrationsbeirat zur Sitzung geladen <input type="checkbox"/> Seniorenbeirat:
Finanzielle Auswirkungen	<input checked="" type="checkbox"/> keine finanzielle Auswirkungen <input type="checkbox"/> noch offen, ob finanzielle Auswirkungen, weil: <input type="checkbox"/> die Finanzierung wird wie folgt sichergestellt:
	<input type="checkbox"/> Pflichtaufgabe <input type="checkbox"/> freiwillige Leistung
Auswirkungen auf den Stellenplan	<input checked="" type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja: <input type="checkbox"/> Deckung im Rahmen des bestehenden Stellenplans <input type="checkbox"/> Auswirkungen auf den Stellenplan im Umfang <input type="checkbox"/> Siehe gesonderte Darstellung im Sachverhalt
Weitere Geschäftsbereiche/ Dienststellen	<input checked="" type="checkbox"/> Gesundheitsregion PLUS Stadt und Landkreis Landshut <input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/>
Befangenheit / Interessenkonflikt	<input type="checkbox"/> ja, Vertreter _____, bestelltes Mitglied
Beratungsfolge	---

## 2. Anträge

Mit Antrag vom 24.11.2023, Nr. 549, beantragt die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zu beschließen:

Die Verwaltung möge im nächsten Sozialausschuss über die aktuelle Situation der ambulanten medizinischen Versorgung, insbesondere im Fachbereich der Kinderheilkunde in Landshut berichten.

Dabei sollte auf die Frage eingegangen werden, welche Gegenmaßnahmen als sinnvoll erachtet werden, um – sofern Defizite erkennbar sind – diese Probleme zeitnah zu beheben (Anlage 1).

Mit Antrag vom 01.02.2024 beantragte der Integrationsbeirat der Stadt Landshut (Anlage 2):

1. Die Einrichtung einer Taskforce-Gruppe, ggf. unter der Leitung des Oberbürgermeisters zur Verbesserung der kinderärztlichen Versorgung in der Stadt Landshut.
2. Die Bereitstellung aktueller Informationen durch die Kassenärztliche Vereinigung Bayerns (KVB) zu offenen Stellen, Stellenverteilung und Versorgungsschlüssel.
3. Die Analyse von Best-Praxis-Beispielen aus vergleichbaren Kommunen in ähnlichen Problemfeldern im Rahmen von Gremien wie dem Städtetag.
4. Die Erarbeitung eines Notplans für Landshut, gegebenenfalls mit Unterstützung durch das KKH/Gesundheitsamt, der Eltern ermöglicht, ihre Kinder impfen zu lassen und Überweisungen zu erhalten.

## 3. Hintergrund

Die Sicherstellung der (vertrags)ärztlichen Versorgung ist gem. § 75 SGB V den Kassenärztlichen Vereinigungen und die Kassenärztlichen Bundesvereinigungen übertragen, was insbesondere die angemessene und zeitnahe Zurverfügungstellung der vertragsärztlichen Versorgung umfasst. In Bayern übernimmt dies die Kassenärztliche Vereinigung Bayern (KVB), eine weitergehende Zuständigkeit oder ähnliches kommt den Kommunen demnach nicht zu.

Auch wenn über den Antrag Nr. 549 aufgrund seiner konkreten Formulierung zunächst zu beschließen wäre, besitzt die Thematik für die Stadt Landshut einen essentiellen Stellenwert, was die Grundversorgung der Landshuter Bürgerinnen und Bürger betrifft. Dementsprechend hat sich bereits vor Abstimmung Herr Oberbürgermeister mit Brief vom 08.04.2024 aktiv an die KVB gewandt, insbesondere was die kinderärztliche Versorgung betrifft (Anlage 3).

Der KVB wurde hierbei unter anderem mitgeteilt, dass vermehrt Eltern darüber berichten, ihnen stehe keine oder nur unzureichende kinderärztliche Versorgung zur Verfügung. Da auch der Versorgungsgrad laut Versorgungsatlas von 101,69 Prozent zum 31. Januar 2024 im Widerspruch zu den subjektiven Wahrnehmungen der Eltern, zahlreicher sozialer Institutionen u.a. auch der Jugendhilfe sowie verschiedener haupt- und ehrenamtlich Tätigen im Bereich der Flüchtlingshilfe steht, wurde die KVB um Stellungnahme und Einschätzung bzw. Erkenntnissen zu offenen Stellen, Stellenverteilungen, Versorgungsschlüssel und zur aktuellen Situation der kinderärztlichen Versorgung in Landshut gebeten, wie auch zu Entwicklungsmöglichkeiten in der Region Landshut.

Hierzu fand bereits ein erster Austausch am 28.05.2024 im Rahmen einer Videokonferenz zwischen Herrn Oberbürgermeister Putz, Herrn Landrat Dreier, Herrn Dr. Haslinger, Leitung Referat 4 und Herrn Dr. Eckert (Vertreter der KVB) statt. In dieser wurde folgendes besprochen:

Die Anzahl der Sitze für Kassenärztinnen und -ärzte innerhalb des jeweiligen Planungsgebiets wird halbjährlich durch die Kassenärztliche Vereinigung Bayern regional anhand von Ein-

wohnerzahlen des statistischen Landesamts festgelegt. Für Kinderärztinnen und -ärzte werden die Zahlen der Kinder und Jugendlichen unter 18 Jahren zu Grunde gelegt. Der aktuell gültige Faktor bei Kinderärztinnen und -ärzte liegt bei ca. 2.800 Kindern und Jugendlichen pro Kinderärztin und -arzt (vor 2019 ca. 3.900). Bei den Hausärztinnen und -ärzten liegt dieser Faktor bei ca. 1.600 Einwohnerinnen und Einwohnern pro Ärztin und Arzt. Aktuell seien in Landshut 1,5 Sitze für Kinderärztinnen und -ärzte frei. Jedoch ist eines der größten Probleme generell die Nachbesetzung. Erfahrungsgemäß wird ein Arztsitz mittlerweile durch zwei Ärztinnen und Ärzte ersetzt, aufgrund geänderter Vorstellungen (z.B. Teilzeitmodelle) aber auch weiterer Umstände.

Herr Dr. Eckert hat auf Nachfrage verschiedene Möglichkeiten und Beispiele zur Verbesserung der Situation genannt. Unter anderem das zur Verfügung Stellen von Praxisräumen und weiterer Infrastruktur, vor allem aber die Bindung an die Region durch, wie aktuell, Gründung Medizincampus, Kinderkrankenhäuser, Studienplätze. Eine weitere Möglichkeit für eine gewisse Entlastung zu sorgen, wäre Hausärztinnen und -ärzte dafür zu werben die sog. U-Untersuchungen durchzuführen.

#### **4. Bericht der KVB**

Es erfolgt ein mündlicher Bericht durch die Kassenärztliche Vereinigung Bayern (KVB).

#### **Beschlussvorschlag**

Vom Bericht wird dankend Kenntnis genommen.

#### **Anlagen:**

- Anlage 1 - Antrag Nr. 549 B90-Grüne zur aktuellen medizinischen Versorgung
- Anlage 2 - Antrag Integrationsbeirat zur Verbesserung der Kinderärztlichen Versorgung
- Anlage 3 - Schreiben an die Kassenärztliche Vereinigung vom 08.04.2024